Nr. 161 XXVIII. Jahrgang — Dienstag, 29. Juni 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 15 5 2 3, 15 6 3 6, 15 5 0 7, 17 1 0 6. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2000. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise: Grundzeile, 42 mm breit, M. 2.—, für das Ausland M. 10.—. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.—, mit Platzvorschrift M. 7.—, für das Ausland M. 25.—. Bei Ziffern- oder Auskunft 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchladenanzeigen 10 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einhaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 4.25, vierteljährlich M. 12.75. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 11.25, ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.50, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Hunderttausend Siedler?

Von Hauptmann Detlef Sehmude

In unzähligen Herzen glüht heute ein Sehnen, heißer denn jemals früher. Nicht nur bei Großstadtmüden, die der steten Unruhe zu entfliehen suchen, nicht nur bei solchen, die müde geworden sind in dem Kampf ums Dasein, nein — es ist wie eine große Reaktion, die Hunderttausende nach dem langen, stillen Dulden und Leiden des Krieges befallen hat. Und doch ist es ein Zeichen, das uns für unser Volk hoffen lassen kann, denn es birgt Kraft und Gesundheit in sich:

Dieses Sehnen, Suchen, Wollen, Wünschen, Hoffen und Beten, es geht um das eigene Heim und die eigene Scholle.

Warum befriedigt man es nicht? Land in Fülle ist da; starke Arme warten der Arbeit des Säens und Erntens. Ist nicht immer ein Weg gewesen, wo ein Wille war?

Wenn vor dem Kriege die Grenze des erreichbar Möglichen dem Willensstarken unendlich weit gesteckt war, heute sind auch ihm die Hände gebunden: Eine braune Scholle und eine grüne Weide sind wohl dem Wanderer zu Gefallen, nicht dem Siedler, der ohne Haus und Stall, ohne Ackergerät und Vieh der Natur, der er seinen Lebensunterhalt abringen will, hilflos gegenübersteht. Es darf nicht übersehen werden, daß selbst das Notwendigste, wenn es neu beschafft werden muß, fast unerschwingliche Mittel erfordert. Und fänden sie zur Verfügung, was hülfe es, wenn Kohlen fehlen, die Ziegel zu brennen, wenn es an Kalk mangelt, um die eigene Scholle auch ertragreich zu machen? Und das alles vielleicht, nicht, weil es an diesen Naturprodukten fehlt oder weil der Wille nicht da ist, sie zu fördern, sondern weil die wenigen Waggons nicht zur Stelle sind, um den Siedler rechtzeitig zu bedienen.

Wir stehen heute in der Siedlungsfrage nicht mehr wie vor Jahresfrist vor theoretischen Erwägungen, sondern zwölf Monate Praxis haben uns einen Weg gewiesen: An seinem Anfang steht das Wort „Zeit"! Und betrachten wir hiernach, was zu verlangen und was zu erreichen möglich ist, wir kommen zu Schlüssen, die unsern Hoffnungen bei weitem nicht immer voll entsprechen.

Der Siedlungsgedanke ist heute volkstümlich; im Augenblick um so mehr, wo wir vor einer drohenden Wirtschaftskrise stehen. Nur ist es ein Unding, ein Heer von Arbeitslosen durch Ansiedeln von heute auf morgen — dem einzelnen und dem Gemeinwohl nützlich — unterbringen zu wollen. Mehr denn je muß heute der Gedanke vorherrschen, unter allen Umständen jeden an seiner Arbeitsstätte festzuhalten.

Wenn der Friedensvertrag von Versailles verlangt, daß am 10. Juli das Heer nur noch eine Stärke von 100 000 Köpfen hat, wo es heute — keine drei Wochen sind es mehr bis zu diesem Zeitpunkte — noch die doppelte Zahl hat, so bedeutet das eine Katastrophe: Handel und Industrie sind überfüllt; es kommt noch hinzu, daß bedauerlicherweise noch immer der frühere Reichswehrangehörige im bürgerlichen Leben boykottiert wird. Da ist man auf den Gedanken der Siedlung verfallen. Und ich sage wieder: Zeit ist das erste Erfordernis.

Zu Experimenten mit zweifelhaftem Ausgang ist unsre Lage wahrlich nicht angetan. Und welche Schwierigkeiten entstehen, wenn eine Truppe, die in schwerer Zeit für Ruhe und Ordnung ihr Blut eingesetzt hat, unversorgt auf der Straße steht, hat uns die Auflösung der Marinebrigaden Ehrhardt und Löwenfeldt, der Freikorps und nicht zum mindesten der traurige Vorfall in Soest gezeigt.

Und dabei erscheint mir noch gerade der Soldat als besonders geeignet für den Siedler: Sein Beruf erzieht zum Willensmenschen, macht ihn besonders tauglich zur Arbeit in Wind und Wetter, zum Ertragen körperlicher Mühsale. Der Wille liegt vor, hier nach besten Kräften zu helfen; aber die Schwierigkeiten sind so unendlich groß, daß es eben nur langsam vonstatten gehen kann. Kluge Erkenntnis bedingt darum, nicht voreilig zu handeln.

Die Regierung darf sich darüber keinem Zweifel hingeben, daß, wenn sie heute 100 000 Soldaten unversorgt entläßt, daraus so ernsthafte Gefahren erwachsen, die zu bannen dann nicht mehr in ihrer Macht liegen wird. Damit begibt sie sich aber ihrer Autorität. Sie ist nicht mehr in der Lage, die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Damit ist der geregelte Gang der Wirtschaft gefährdet. Die Erfüllung der wirtschaftlichen Bedingungen des Friedensvertrages wird zur Unmöglichkeit. Und ein Deutschland, das nicht mehr produziert, reißt untergehend ein Europa nach sich!

Möge noch rechtzeitig einsichtigen Staatsmännern der Entente die Erkenntnis werden, daß der Beibehalt eines 200 000-Mann-Heeres für Deutschland nicht eine militaristische Forderung ist, sondern daß die Wirtschaftler so wollen, daß es um das Ergehen nicht eines, sondern vieler schwergeprüften Völker sich handelt, daß eben eine von übertriebenem Nationalgefühl diktierte Forderung zurücktreten muß, wenn der Untergang aller droht.

100 000 kampfgewohnte Männer innerhalb weniger Wochen als Erwerbslose auf die Straße zu setzen, bedeutet, das wirtschaftliche und politische Chaos derart zu verstärken, daß ein geordneter Wiederaufbau Deutschlands undenkbar wird. Was ein anarchobolschewistisches Deutschland für die Völker des Abendlandes zu bedeuten hat, das werden, fürchte ich, die Staatsmänner der Entente zu spät erkennen. Bestehen sie auf ihrer Forderung der überkürzten Auflösung der 100 000 Mann Reichswehrangehöriger, nun gut, dann haben sie es sich zuzuschreiben, wenn ein chaotisches Deutschland nicht in der Lage sein wird, die Forderungen des Friedensvertrages zu erfüllen.

Aus Liebe zu meinem Volke und Vaterlande, aber auch aus Liebe zur gesamten weißen Rasse, warne ich davor, Deutschlands Willen und Fähigkeit zur friedlichen inneren Kolonisation zu schwächen, dadurch, daß das Heer der Unzufriedenen, der um ihr Dasein Ringenden künstlich vermehrt wird. Dann triumphieren Lenin und seine Mitarbeiter doch noch über die Herren von London und Paris. Unsagbares Elend aber zieht über Europa herauf, wenn der Kampf ums Dasein neue kriegerische Konflikte erzeugt!

Die geklärte politische Lage

⊣⊢ Berlin, 28. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die Regierung findet bei ihrer Vorstellung im Reichstag, die heute vormittag 11 Uhr erfolgt, eine durchaus geklärte politische Lage vor. Deshalb braucht zwischen der programmatischen Erklärung und dem Beginn der politischen Aussprache kein wesentlicher Zeitunterschied zu liegen. In einer Nachmittagssitzung, nur wenige Stunden nach der Rede Fehrenbachs, kann sie beginnen. Ob sich eine große Debatte entspinnen wird oder die Mehrzahl der Parteien sich auf formulierte Erklärungen beschränken werden, darüber wird wahrscheinlich schon im Aeltestenrat Klarheit geschaffen werden, der vormittags 10 Uhr zusammentritt. Die vielen Interpellationen, die heute auf der Tagesordnung stehen, werden das hohe Haus nicht lange aufhalten. Die Regierung wird sich bereit erklären, sie an einem späteren Tage zu beantworten. Fehrenbach ist von seinem auf die Anstrengungen während der Krisentage zurückzuführenden Unwohlsein soweit wiederhergestellt, daß er persönlich im Reichstage erscheinen wird.

*

Die erste Kabinettssitzung

Am Sonnabend nachmittag 4 Uhr fand, wie das Wolff-Bureau meldet, die erste Sitzung des neuen Kabinetts statt. Zunächst leisteten der Reichskanzler und die neu in die Regierung eingetretenen Minister den Eid auf die Verfassung. Darauf wurde unverzüglich in die Erörterung des neuen Programms der Regierung eingetreten, über das völlige Uebereinstimmung erzielt wurde.

*

200 000 Mann sind notwendig

WTB. Paris, 27. Juni. Reichswehrminister Geßler erklärte dem Vertreter des „Matin" Jules Sauerwein, das deutsche Volk könne sich nicht wiedererheben und seine Verpflichtungen erfüllen, wenn es nicht den inneren Frieden sicherstellen könne. Deshalb sei es unbedingt notwendig, ein Heer von 200 000 Mann zu unterhalten. Die Erfahrungen der letzten 18 Monate hätten den Beweis geliefert, daß 100 000 Mann nicht genügten. Zur Bekämpfung der Unruhen im März 1919 seien 45 000 Mann notwendig gewesen, zur Niederwerfung der Sowjets in München im April 1919 38 000 Mann, zur Bekämpfung der Unruhen in Hamburg im Juli 1919 10 000 Mann und im letzten Frühjahr seien im Ruhrgebiet 40 000 Mann tätig gewesen. Mit 100 000 Mann müsse man große Teile deutschen Gebietes ohne Schutz lassen. Auch die Entlassung von 50 000 oder 100 000 Soldaten bedeute eine Gefahr, da die Entlassenen meistens zu extremen Parteien übergingen. Ohne ein Heer, das fähig sei, die Ordnung aufrechtzuerhalten, sei die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland auf dem Gebiete des Wiederaufbaues illusorisch. Reichswehrminister Geßler betonte übrigens noch, daß nicht nur Lloyd George und Churchill, sondern auch kompetente Franzosen die Anstrengungen anerkannt hätten, die Deutschland mache, um zu einer Entwaffnung zu gelangen. Er habe die Ueberzeugung, daß man nach gewissenhafter Prüfung der Lage Deutschland nicht mehr eines schlechten Willens bezichtigen werde.

*

Zur Auflösung der Sicherheitswehren

B. Berlin, 28. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Im preußischen Ministerium des Innern haben heute früh Besprechungen begonnen, die die geforderte Auflösung der Sicherheitswehren betreffen. Die Forderung der Entente wurde in ihrer Form als undurchführbar bezeichnet, soweit Preußen in Betracht kommt. In Preußen sind die Sicherheitsmannschaften mit zum Teil langjährigen Kündigungsfristen angeworben worden.

Die Unruhen im Rheinland

ITA. Köln, 28. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die Lebensmittelausschreitungen in einzelnen oberrheinischen Städten dauern an. In Mainz fanden Umzüge und Versammlungen statt, in denen die Stadtverwaltung zu energischem Einschreiten aufgefordert wurde. Angesichts der dortigen Krawalle hatte sich der Landbevölkerung eine große Unruhe bemächtigt. In Deidesheim hatten die Bauern einen bewaffneten Widerstand vorbereitet. Mit Mistgabeln und Hacken standen sie am Bahnhof, um sich energisch den von auswärts angekündigten Demonstranten entgegenzustellen. Die rheinischen Behörden schreiten gegen die Lebensmittelwucherer ganz energisch ein. Die Polizeibehörden der Zielstationen werden bei Obstsendungen jedesmal telephonisch von dem gezahlten Erzeugerpreis benachrichtigt, um dadurch den Wucherpreisen vorzubeugen.

*

Gegen die hohen Butterpreise

⊣⊢ Wiesbaden, 28. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Große Volksmengen erzwangen am Sonnabend nachmittag in den verschiedenen Buttergeschäften der Stadt mit Hilfe der Polizeiwachtmeister eine wesentliche Herabsetzung der Butterpreise. Die Vorräte der einzelnen Geschäfte wurden an die Bevölkerung abgegeben. Die französischen Besatzungstruppen verhielten sich bei dem Vorgehen der Bevölkerung völlig passiv.

*

Ausnahmezustand in Hamburg

* Hamburg, 28. Juni. Nachdem der Lebensmittelkrawall in Hamburg am Sonnabend zu Räubereien, Plünderungen und blutigen Ausschreitungen geführt hatte, wobei es zwei Tote und 30 Verwundete gab, wurde am Sonntag abend der Ausnahmezustand über Hamburg erklärt. Plünderer werden, wie durch öffentliche Anschläge bekanntgemacht wurde, standrechtlich erschossen. Auf Grund dieser Maßnahmen kam es nirgends zu weiteren Ausschreitungen.

U. Hamburg, 28. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die Nacht und der Vormittag sind hier ruhig verlaufen. In den Krankenhäusern befinden sich 11 Schwerverletzte.

Eine Regierung der Versöhnung und des Ausgleichs

Die Regierungserklärung im Reichstag

8. Sitzung

V. Berlin, 28. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das Haus ist wiederum überfüllt, desgleichen die Tribünen. Auf den Ministerbänken ist jeder Platz besetzt und in den Gängen zu beiden Seiten des Präsidentenstuhles drängen sich die Regierungskommissare. Um 11¼ Uhr erscheint der Reichskanzler. Unmittelbar danach eröffnet Präsident Löbe die Sitzung und gibt zunächst das Ergebnis der Schriftführerwahl bekannt. Gewählt sind die in der letzten Sitzung Vorgeschlagenen.

Der Reichskanzler:

Die Wahlen zum ersten Reichstag des neuen deutschen Volksstaates liegen hinter uns. Ihr Ergebnis spiegelt die Krise wider, in der sich unsre innerpolitische Lage befindet. Ueber ihre Ursachen zu philosophieren, ist nicht meine Aufgabe. Für Reichstag und Reichsregierung handelt es sich vielmehr jetzt darum, trotz dieser Krise das Reichsschiff weiter zu steuern, es über Wasser zu halten und es nicht Schiffbruch leiden zu lassen.

Der ernsten Verantwortung, die sie der Volksgesamtheit gegenüber auf sich genommen hat, ist sich die Regierung vollauf bewußt. Der Schwere der sie erwartenden Aufgaben entsprechen die außerordentlichen Schwierigkeiten, die bei ihrer Bildung überwunden werden mußten, Schwierigkeiten, die mit der Krise im deutschen Parteileben ungetrennt verknüpft und daher unvermeidlich waren. Wenn die Regierung trotzdem entschlossen an ihr Werk geht, so tut sie es in der Zuversicht, daß dieses hohe Haus von dem gleichen Verantwortlichkeitsgefühl beseelt, ein durch gegenseitiges Vertrauen getragenes ersprießliches Arbeiten ermöglichen und nach Kräften fördern wird. Zahlreich sind die Aufgaben, die trotz aller parteipolitischen Zerklüftung und trotz erschwerter Majoritätsbildung gelöst werden können und müssen, um die Grundlagen für den wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau unsres Volkes zu schaffen. Der Weg, den wir betreten müssen, wird uns zu einem nicht geringen Teile durch die gesamten Verhältnisse, in denen zu leben wir genötigt sind, geradezu vorgeschrieben. Nicht wie ein glückliches Volk in gesunder und gesicherter Wirtschaftslage können wir die Fragen unsres Lebens regeln, können wir an den Aufbau des Reiches, des Wohnhauses unsres Volkes, treten. Wer versuchen wollte, sich diesen Tatsachen zu verschließen, der würde sich bald hart an ihnen stoßen. Die Erkenntnis der so gegebenen Spannung zwischen Wollen und Können mußte sich der alten Regierung aufdrängen, wie sie der neuen gewisse Grenzen vorschreiben wird. Aus dieser unumstößlichen Tatsache ergibt sich ohne weiteres ein gewisses Maß von Kontinuität in der Führung der Regierungsgeschäfte. Die Konferenz von Spa steht unmittelbar bevor. Sie gibt mir Anlaß, zunächst ein Wort zu sagen über

unsre auswärtige Politik.

Alle unsre Beziehungen zum Auslande stehen unter dem Zeichen des Friedensvertrages von Versailles, der über unserm Vaterlande liegt wie eine dunkle Gewitterwolke. Die Lasten, die er dem deutschen Volke auferlegt, sind unerhört groß und in ihrer vollen Schwere kaum erkannt. Nachdem aber Deutschland den Vertrag angenommen hat, kann es für die Reichsregierung keine andern Richtlinien in der inneren wie in der äußeren Politik geben, als das Streben, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, soweit das überhaupt möglich ist. Besonders muß Deutschland auch der Verpflichtung zu einer Herabsetzung der Heeresstärke auf das für die Erhaltung der Ordnung in Deutschland und für die Grenzpolizei notwendige Maß nach den sonstigen Abrüstungsmaßregeln und zur Wiedergutmachung ehrlich und ohne Hintergedanken nachkommen. In dieser Hinsicht hat die parteipolitische Zusammensetzung der Reichsregierung auf ihre Stellungnahme keinen Einfluß. Ich betone nachdrücklich, daß die bisherige Regierung in der Durchführung der Friedensbedingungen mehr geleistet hat, als bei den ungeheuren Schwierigkeiten der inneren und äußeren Lage Deutschlands erwartet werden konnte. Wenn Verblendete und Unversöhnliche diesseits und jenseits der Grenzen die deutschen Leistungen zur Erfüllung der Friedensbedingungen systematisch herabsetzen, so wird es die Aufgabe der neuen Regierung sein, urkundlich darzulegen, was wir bereits geleistet, abgetreten und hergegeben haben. Ich will die traurige Aufzählung hier unterlassen. Es ist viel mehr, als je ein andres Volk den siegenden Gegnern geleistet hat, obwohl unsre Volkskraft bei Ende des Krieges aufs schwerste getroffen war. Wenn trotzdem nicht alle Bestimmungen des Vertrages nach dem Wortlaut durchgeführt worden sind, so liegt das nicht am bösen Willen Deutschlands, sondern an Verhältnissen, die stärker sind als kein guter Wille. Zu diesen Umständen gehört in erster Linie das tiefe Mißtrauen, das unter unsern Gegnern immer noch gegen Deutschland herrscht. Wer dieses Mißtrauen schürt, der versündigt sich an den Lebensinteressen ganz Europas. Denn nur auf gegenseitigem Vertrauen kann die durch den Krieg zusammengebrochene Wirtschaft der Welt wiederaufgebaut werden. Wir werden es als unsre vornehmste Aufgabe betrachten, der verhängnisvollen Wechselwirkung, die zwischen dem Mißtrauen der Gegner und dem Mißlingen der Erfüllung der Friedensbedingungen besteht, ein Ende zu machen, indem wir alle unsre früheren Gegner davon überzeugen, daß im deutschen Volke machtpolitische Träumer oder Revanchegedanken um so weniger Boden finden, je einsichtiger man ihnen entgegentritt, und daß jeder gute Deutsche jetzt nur das Losungswort kennt: das, was der Krieg zerstört hat, in ruhiger und friedlicher Arbeit wiederaufzubauen. Wir wissen, daß von uns als von den im Kriege Unterlegenen besonders harte Arbeit zu leisten sein wird. Wenn wir sie aber leisten sollen, so darf man von uns nicht das Unmögliche fordern und nicht durch unverständige Auslegung des Friedensvertrages die Arbeitsfähigkeit Deutschlands zerstören. Wir müssen wirtschaftlich und politisch wieder leistungsfähig gemacht werden. Den Zielen unsrer auswärtigen Politik, Frieden und Wiederaufrichtung von Handel und Verkehr mit allen Kulturvölkern passen wir auch unsre innere Politik an. Unsre dringendste Sorge ist der Wiederaufbau des zusammengebrochenen Vaterlandes. Diesen auf dem Boden der bestehenden republikanischen Staatsform tatkräftig fortzuführen, ist der einheitliche und feste Wille der Regierung. Wir stehen auf dem Boden der politischen Gleichberechtigung aller Deutschen und lehnen daher jeden Versuch der Aufrichtung einer Klassenherrschaft oder die Bewilligung von Vorrechten an eine Klasse ab. Unser Ziel ist eine Politik der Versöhnung und des Ausgleichs auf politischem, sozialem und kulturellem Gebiet. Deshalb bekämpfen wir jeden Rassen- und Klassenhaß, jede soziale und religiöse Vergewaltigung.

Der entscheidende Gesichtspunkt bei Besetzung der nicht rein politischen Aemter

wird für uns die persönliche Tüchtigkeit, nicht die Parteizugehörigkeit sein. Von den Beamten erwarten wir, daß sie auf dem Boden der Verfassung stehen und gewillt sind, mit ihrer amtlichen Tüchtigkeit die Regierung zu unterstützen. Denn was uns vor allem not tut, ist Ruhe und Ordnung in unserm Staatsleben. Ohne Achtung vor den Gesetzen und der Autorität der Regierung, die nur vom Vertrauen der frei gewählten Vertreter des gesamten Volkes getragen werden kann, ohne diese Achtung, meine Damen und Herren, kann kein Staat und kein Volk gedeihen.

Die Regierung appelliert deshalb an das gesamte deutsche Volk, welche Parteirichtung der einzelne auch einschlagen mag: Führen wir den schrecklichen Krieg nicht fort im Innern, nachdem er an den Grenzen des Reiches ausgetobt hat! Wer könnte angesichts der furchtbaren Nöte unsres Volkes einen Bürgerkrieg verantworten! Wer irgendwelche Gewaltakte gegen Verfassung und Gesetz, die zu einem solchen Bürgerkrieg mit Notwendigkeit führen müßten!

Der Wiederaufbau, dem die Reichsregierung in erster Linie dienen will, muß sich auf alle Gebiete der Volkswirtschaft und der Kultur erstrecken.

Die Abstimmung,

die über das zukünftige Schicksal von Teilen Ost- und Westpreußens entscheiden soll, steht vor der Tür. Die Regierung des Reiches und ich dürfen hier zugleich im Namen des gesamten deutschen Volkes sprechen. Wir hegen die feste unerschütterliche Zuversicht, daß die durch Jahrhunderte bewährte deutsche Gesinnung der Bevölkerung den Sieg unserer gerechten Sache verbürgt. (Lebhafter Beifall.) Im gleichen Sinne gedenken wir heute der Bevölkerung von Eupen und Malmedy. (Beifall.) Die Durchführung der Neuorganisation der Reichswehr wird dazu führen, die bedauerlicherweise entstandene Kluft zwischen Volk und Heer zu überbrücken. (Zuruf: „Schwindel!", auf der äußersten Linken.) Dieses Ziel wird erreicht werden, wenn die Reichswehr in immer wachsendem Maße sich als Teil des Volkes fühlt und das auch bekundet. (Zwischenrufe links: Fort mit der Reichswehr!)

Der Entwurf des Gesetzes über die in der Verfassung vorgeschlagene Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit liegt dem Reichsrat bereits vor. Der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft wird für lange Jahre hinaus das Problem sein, an dessen Lösung die Denk- und Arbeitskraft der Volksgesamtheit, des Parlaments und der Regierung in fester Gemeinschaft unablässig gesetzt werden müßte.

Die unausgesetzte Steigerung unsrer schwebenden Schuld

drückt die Kaufkraft unsres Geldes, verringert unsern Kredit und treibt die Preise in schwindelnde Höhe. Die Masse des Papiergeldes ist kein Zeichen des Wohlstandes, sondern der Gradmesser wachsender Verarmung. (Allgemeine Zustimmung.) Darum muß die Sanierung der Reichsfinanzen mit allem Nachdruck gefördert werden. (Zustimmung.) Dazu bedarf es eines großen Maßes von Pflichtbewußtsein im gesamten Volke. (Sehr wahr!) Wir Deutschen haben noch schwerere Steuerlasten zu tragen als andre Staaten und werden sie doppelt schwer empfinden, da unsre Wirtschaft so außerordentlich durch Krieg und Blockade gelitten hat. Das Gros der Steuerlasten ist bereits von der Nationalversammlung bewilligt. Vor einem Jahre hatte das Reich erst viereinhalb Milliarden laufende Einnahmen. Wenn die neu erschlossenen Einnahmequellen sich entsprechend der Veranschlagung für 1920 entwickeln, so werden an Steuern 24 Milliarden einkommen (Bewegung), darunter allerdings drei Milliarden einmalige Steuern. Aber trotz dieser Steuermasse werden die Schulden wachsen in immer bedeutenderem Maße. Wir sind noch nicht zu Ende mit unsrer Formarbeit auf dem Gebiete der Finanzen. (Lachen bei den Unabh. Soz.) Kaum ist auf dem Gebiete des Steuerwesens eine wesentliche Besserung erzielt, so tut sich

ein neuer Abgrund

auf bei den Betriebsverwaltungen des Reiches. Die Post rechnet mit einem Defizit von nahezu einer Milliarde (Hört, hört!), die Eisenbahn mit mehr als 15 Milliarden. (Hört, hört!) Hier unbedingt Abhilfe zu schaffen, ist die allerwichtigste Aufgabe des neuen Reichstages. Die Gefahr, die durch das beängstigende Anwachsen unsrer Schuld droht, wird durch die vielfachen Versuche erhöht, die Steuern zu hinterziehen und zu sabotieren. (Sehr richtig!) Steuersabotage in diesem kritischen Augenblick ist ein Verbrechen am Volke, das an Fluchwürdigkeit nicht zurücksteht hinter dem Verbrechen des Landesverrats. (Sehr richtig!) Selbst die schwersten Steuern sind noch leichter zu ertragen, als der Bankrott der Finanzen und in seinem Gefolge der Zusammenbruch der gesamten Volkswirtschaft. Wie die Volkswirtschaft abhängt von der Grundlage unsrer Reichsfinanzen, so wird umgekehrt der Sanierungsprozeß der Reichsfinanzen gefördert durch die Wiederherstellung unsrer Gütererzeugung.

Meine Damen und Herren! Menschen können und wollen wir nicht exportieren. (Zustimmung.) Nach den ungeheuren Menschenverlusten durch den Krieg könnte das deutsche Volk weitere Bevölkerungsverluste einfach nicht ertragen. Unsre einzige Rettung liegt also, das ist die übereinstimmende Ueberzeugung unsrer Wirtschaftskenner in Theorie und Praxis, in der Steigerung unsrer Gütererzeugung.

Unsre Ernährungslage

ist nach wie vor besorgniserregend. In einigen Teilen des Reiches sind bereits ernste Unruhen entstanden. Die Eingänge der Reichsgetreidestelle aus den inländischen Ablieferungen sind unzureichend. Nur mit Hilfe